

Bremer Umweltsenator bewirbt sich für zweite Amtszeit

Weser-Kurier - 03.07.2010 -

Reinhard Loske will weitermachen

Von Michael Brandt

Bremen. Konflikte ohne Ende. Umweltsenator Reinhard Loske muss sich mit Bürgern über die Autobahn und den Wesertunnel auseinandersetzen, mit Firmen über Lastwagenverbote auf der Kattenturmer Heerstraße, mit Initiativen über die Straßenbahnverlängerung in Huchting. Trotzdem hat er die Lust am Job nicht verloren. Im Gegenteil. Im Interview mit dem Bremer WESER-KURIER sprach der Senator über die Möglichkeit, noch eine zweite Amtszeit dranzuhängen.



© Jochen Stoss
Senator Reinhard Loske

Stimmt es, dass Sie auch in der kommenden Legislaturperiode Umweltsenator in Bremen bleiben wollen?

Reinhard Loske: Das stimmt. Die Arbeit macht mir Spaß. Ich würde das Begonnene gerne fortsetzen. Voraussetzung ist natürlich, dass ich gewählt werde und Rot-Grün bei der Bürgerschaftswahl erneut die Mehrheit bekommt. Die Chancen dafür stehen aus heutiger Sicht gut.

Haben Sie sich in den vergangenen drei Jahren eingelebt in Bremen?

Es hat einige Startschwierigkeiten gegeben. Die einen haben gesagt: da kommt der Weltverbesserer aus Berlin. Die anderen haben gesagt: der macht das ohnehin nur für kurze Zeit. Ich fand den Umgang zum Teil sehr - robust und habe versucht, darauf mit Beharrlichkeit in der Sacharbeit zu reagieren. Ich habe den Eindruck, dass sich das gelohnt hat und dass man heute eine kontinuierliche Linie erkennen kann. Meine Familie fühlt sich in Bremen wohl, den Kindern geht es sehr gut - das sind für mich gute Voraussetzungen.

Aber kein anderer Senator musste in den vergangenen drei Jahren derart viele Konflikte durchstehen. Liegt das an den Themen oder an Ihrer Person?

Ich kann da keine spezifische Loske-Komponente erkennen. Wenn man das Bau-, Umwelt- und Verkehrsressort so versteht, dass es ein Gestaltungsressort ist, dann liegen Konflikte in der Natur der Sache. Wenn man sagt, dass man die Innenentwicklung stärken will, um die Zubetonierung des Umlands zu verhindern, finden das alle toll. Wenn man sagt, dass man dafür Brachen reaktivieren will, finden das alle toll. Wenn man sagt, dass man auf die Bebauung der Osterholzer Feldmark verzichten will, finden das alle toll. Wenn man dann aber sagt, man will deshalb Projekte auf dem Stadtwerder oder an der Lesum umsetzen, dann stößt das auf heftigen Widerstand. Das ist noch verständlich. Was ich dabei aber nicht akzeptieren kann ist, wenn blanker Egoismus im Gemeinwohlgedanke daherkommt.

War das beim Stadtwerder-Konflikt der Fall?

Zum Teil ja. Es wurde von der Bürgerinitiative ja gerade so getan, als gehe es hier um einen gewaltigen Kahlschlag. Tatsächlich sah unsere Planung vor, dass am Stadtwerder nach Realisierung der Baumaßnahme mehr Bäume stehen als vorher. Wir haben jetzt einen guten Kompromiss gefunden. Klar muss aber sein, dass es neben individuellen Betroffenheiten auch ein gesamtstädtisches Interesse gibt. Zwischen diesen verschiedenen Blickwinkeln muss die Politik das richtige Maß finden.

Auch im Konflikt um die Verlängerung der Straßenbahnlinien in Huchting werden Sie direkt angegriffen.

Wir brauchen die Verlängerung der Linien 1 und 8. Die Huchtinger, die gegen das Projekt sind, sehen das aus ihrer Perspektive und betonen, der Bus-Ringverkehr im Stadtteil funktioniere und man könne deshalb auf das Vorhaben verzichten. Sie vergessen dabei aber völlig, dass durch die Straßenbahn die Möglichkeit entsteht, dass 7000 Menschen aus Bremen, Stuhr und Weyhe auf das Auto verzichten und direkt mit der Straßenbahn in die City fahren können. Dieser Konflikt belegt, dass Politik im gesamtbremischen Interesse mehr ist, als die Summe der Stadtteilinteressen.

Aber Sie nehmen die Proteste auf?

Bürgerprotest ist ein Zeichen von lebendiger Demokratie. Wir beschäftigen uns hier im Ressort mit vielen Themen, von denen die Menschen direkt betroffen sind. Durch Bürgerprotest wird manche Planung besser. In Huchting werden wir alles dafür tun, um den Bürgern entgegen zu kommen. Wir werden versuchen, die für den Bau benötigte Fläche, die Inanspruchnahme von Privatgrundstücken und die Zahl der Bäume, die gefällt werden müssen, so gering wie möglich zu halten. Aber ich stehe hinter dem Projekt.

Ist das Gerichtsurteil zur Kattenturmer Heerstraße das falsche Signal?

Ja, ich halte das für ein sehr LKW-freundliches Urteil. Wir werden jetzt unsere Argumente weiter schärfen. Unser Ziel bleibt es, den Lkw-Verkehr ganztägig aus der Kattenturmer Heerstraße herauszuhalten.

In Seehausen steht ihnen der nächste Konflikt ins Haus. Die Bürger wollen klagen, obwohl sie eine Verlängerung des Tunnels um 100 Meter angeboten haben.

Die Menschen richten sich immer gegen diejenigen, die gerade regieren. Ich muss mich dem als Vertreter der Landesregierung stellen.

Welche Aufgaben wollen sie bis zur Wahl angehen?

Wir wollen das Verkehrskonzept für den Bremer Nordosten umsetzen und zusätzliche Car-Sharing-Stationen einrichten. Der Baubeginn für die Verlängerung der Linie 4 steht an und zum Jahresende hin wird das S-Bahn-Netz um Bremen in Betrieb genommen. Da sind noch einige der Dinge, die vor uns liegen, auch die fahrrad- und fußgängerfreundliche Umgestaltung der Brillkreuzung.

Was haben Sie sich für eine mögliche zweite Amtszeit vorgenommen?

Ein wichtiges Vorhaben ist die Wiedereroberung der Weser durch die Bremer. In Rablginghausen haben wir einen wunderschönen Weserstrand geschaffen, der gut

angenommen wird. Das gleiche geschieht jetzt in Hemelingen und am Peterswerder. Weitere Renaturierungen sind geplant. Die Weser ist mehr als eine Wasserstraße. In Bremen ist sie über Jahrzehnte hinweg kanalisiert und in ein Steinbett gepresst worden. Diese Entwicklung sollten wir wo immer möglich zurückdrehen. Wir brauchen eine Weserwende. Ein anderer wichtiger Punkt ist der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Umwelttechnologien.

Bleibt der innerstädtische Verkehr - auch wenn sich die Umweltzone als Streitthema irgendwann erschöpft haben wird - zentrales Thema in den nächsten Jahren?

Wir haben in dieser Legislaturperiode unglaublich viel programmatische Arbeit geleistet. Wir haben zum Beispiel das Leitbild Bremen 2020 erstellt, das Zentrenkonzept, das Wohnungsbaukonzept und das Klimaschutzprogramm. Es geht in der kommenden Wahlperiode weniger darum, einzelne Leuchtturmprojekte zu verwirklichen. Ich bin gegen diese Projektitis. Wir brauchen einen systematischen Wandel und müssen die Programme umsetzen. Eine der Überschriften lautet: Weg von der autogerechten Stadt, hin zur menschengerechten Stadt. Das bedeutet eine Stärkung des Umweltverbundes aus Schiene, Bus und Fahrrad und kann mit kleinen Dingen beginnen. Zum Beispiel Ampelschaltungen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Anteile von Straßenbahn, Bus und Rad am Verkehr deutlich zu erhöhen. Meine Idee ist es auch, die Innovationsthemen Car-Sharing, Elektromobilität und erneuerbare Energien zu verknüpfen. Das passt gut zu uns. Auch beim Städtebau sind die Anfänge für eine nachhaltige Entwicklung gemacht. Ich hoffe, dass die Bürger das erkennen.

Sie halten aber am Abriss der Hochstraße fest?

Für einen Grünen wie mich ist eine Autobahn immer ein Problem. Aber den A281-Ring um Bremen kann ich vertreten, weil er innerstädtisch entlastet und für erheblichen Gestaltungsspielraum sorgt. Zum Beispiel kann man die Neuenlander Straße, auf der heute 50000 Fahrzeuge fahren, zurückbauen und Flächen an die Menschen zurückgeben. Und der Straßenzug von der Richard-Boljahn-Allee bis zur Hochstraße vor dem Bahnhof ist faktisch eine Stadtautobahn. Die passt nicht mehr in die Zeit. Deshalb bereiten wir parallel zum Ringschluss der A281 den Abriss vor.